

**An:** [StSKU@senmvku.berlin.de](mailto:StSKU@senmvku.berlin.de); [gunnar.heyne@forsten.berlin.de](mailto:gunnar.heyne@forsten.berlin.de); [buengerbuero@danny-freyemark.de](mailto:buengerbuero@danny-freyemark.de); [linda.vierecke@spd.parlament-berlin.de](mailto:linda.vierecke@spd.parlament-berlin.de); [julia.schneider@gruene-fraktion.berlin](mailto:julia.schneider@gruene-fraktion.berlin); [bertram@afd-fraktion.berlin](mailto:bertram@afd-fraktion.berlin); [gennburg@linksfraktion.berlin](mailto:gennburg@linksfraktion.berlin)

**BCC:** [kontakt@waldinitiative.berlin](mailto:kontakt@waldinitiative.berlin)

**Betreff:** Stoppen Sie die zerstörerischen Einschläge im Bürgerwald!

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Behrendt,  
sehr geehrter Herr Heyne,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

hiermit bringe ich meinen entschiedenen Protest gegen die für diesen Winter vorgesehenen schweren maschinellen Eingriffe in den Berliner Bürgerwald zum Ausdruck, für die sich bereits jetzt massive Bodenschäden, die brachiale Schädigung des Erholungswertes unseres Waldes und eine großflächige Zerstörung des Laubholz-Unterstandes vorhersehen lassen.

Die vorgesehenen Fällungen konterkarieren die in Berlin begonnene Kurskorrektur hin zu einem naturgemäßen Umgang mit dem Berliner Wald, weil sie großflächig schwere Schäden an den jungen Laubbäumen verursachen, die den bereits mehrere Jahrzehnte alten Unterstand im Umbau begriffener Bestände bilden. Die Zulässigkeit solcher Eingriffe bemessen die Berliner Forsten nicht an dem Stand des ökologischen Umbaus, sondern am Anteil erntefähigen Laubholzes (Durchmesser > 7 cm) am Holzvorrat. **Es ist ein schwerer Fehler, dass die Berliner Forsten die ausführlich dokumentierten bisherigen Verfehlungen in der Waldbehandlung offenbar fortschreiben wollen, indem sie nach wie vor holzwirtschaftliche Kennwerte statt ökologischer Analysen zur Grundlage ihrer Eingriffe machen!**

**Ich fordere die Senatsverwaltung und die Berliner Forsten daher mit Nachdruck auf, diese Einschläge abzusagen!**

**Ich bitte die Abgeordneten, sich für ein Ende dieser Einschlagpraxis und die Umsteuerung auf eine Waldbehandlung einzusetzen, die der Erholungs- und Schutzfunktion des Berliner Waldes ebenso wie seinem katastrophalen Gesundheitszustand angemessen Rechnung trägt.**

Die Einschläge entsprechen weder dem Lübecker Minimalprinzip noch der im Umweltausschuss des Abgeordnetenhauses am 12.12.2024 einhelligen Expertenmeinung, dass angesichts des Klimawandels das Kronendach geschlossen bleiben muss und werfen die stattfindende Naturverjüngung des Waldes um Jahrzehnte zurück.

Frau Staatssekretärin Behrendt hatte in einer Anweisung an die Berliner Forsten am 27. März 2024 ein Moratorium auf den Holzeinschlag in den von den Berliner Forsten betreuten Wäldern erlassen, das viele Bürgerinnen und Bürger, aber auch Forstexperten und

Naturschutzverbände<sup>1,2,3</sup> deutschlandweit sehr begrüßen, weil es wichtige und sinnvolle Änderungen an der bisherigen Einschlagspraxis vornimmt, die im Hinblick auf einen zukunftsfähigen Umgang mit dem Berliner Wald in die richtige Richtung weisen. Unter diesen sind auf Grund ihres besonderen Wertes für den wirksamen Schutz des Waldes hervorzuheben:

1. die Begrenzung des jährlichen Holzeinschlages auf 10.000 Erntefestmeter (Efm),
2. das Verbot, das Kronendach in den Berliner Wäldern weiter zu öffnen,
3. ein neuer Ansatz im Umgang mit dem Berliner Wald, der diesen als sich selbst optimierendes Ökosystem begreift,
4. das Verbot von Einschlägen im Namen des Mischwaldprogramms außerhalb von reinen Kiefernforsten mit einem Laubholzanteil von unter 10% und in diesen das Verbot, ihren Bestockungsgrad unter 0,8 abzusenken.

Die nun vorgesehenen Fällungen tragen keineswegs die Handschrift einer konsequenten Kurskorrektur. Vielmehr drohen die Berliner Forsten in großem Stil die groben Fehler der vergangenen Hiebsperioden zu wiederholen. Dazu gehören konkret

1. die massive Absenkung des Holzvorrates in Berliner Waldbeständen auf Werte, die alles andere als standortgemäß für mitteleuropäische Waldgesellschaften sind,
2. starke Auflichtung der Bestände und damit die Förderung von Trockenheit und Hitze im Wald,
3. eine ernsthafte und langfristige Beeinträchtigung des Erholungswertes des Berliner Bürgerwaldes,
4. die industrielle Holzernte durch Unternehmen, die eigene Holzkraftwerke betreiben und kurzlebige Zellstoff- und Bioenergieprodukte aus Holz herstellen,
5. die ausgiebige Befahrung des Berliner Bürgerwaldes mit tonnenschweren Forstmaschinen auf einem engmaschigen Rückegassennetz.
6. schwere Verpressungs- und Verformungsschäden am sensiblen Waldboden durch Befahrung (bei höchstwahrscheinlich völlig ungeeigneten Wetterbedingungen),

---

<sup>1</sup> <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/deutsche-umwelthilfe-begruesst-moratorium-fuer-holzeinschlag-in-berliner-waeldern-und-fordert-weitere-ma/>

<sup>2</sup> <https://www.wwf.de/2024/november/berliner-waldkrise-laesst-sich-nicht-aussitzen>

<sup>3</sup> <https://www.bund-berlin.de/service/presse/detail/news/allein-neue-baeume-pflanzen-wird-den-wald-nicht-retten/>

7. die großflächige Zerstörung des mehrere Jahrzehnte alten Laubholzunterstandes in Gebieten, in denen die Kiefer lediglich noch im Oberstand dominiert.

Die aktuell zur Fällung vorgesehenen Flächen weisen einen dichten Unterstand aus mehrere Jahrzehnte alten Laubbäumen auf. Durch die angekündigten Maßnahmen würde dieser gereifte Unterstand durch fallende Bäume, Rückarbeiten und Rückegassen langfristig substanziell beschädigt werden. Die Transformation zum standortgemäßen Laubwald wird dadurch nicht nur behindert, sondern in großem Stil zurückgedreht.

Die erhebliche Reduktion des Holzvorrates und die schwere Schädigung des bereits gereiften Laubholzunterstandes in Beständen, deren natürliche Transformation zum Laubwald bereits weit fortgeschritten ist und durch die angekündigten Maßnahmen um Jahrzehnte zurückgeworfen wird, wird ermöglicht durch die konkrete Interpretation und methodische Umsetzung der Anordnung von Frau Staatssekretärin Behrendt, durch die das Moratorium in unseren Augen zu großen Teilen entkernt wird.

Der Schwellenwert von 10% wird als **Anteil an der Querschnittsfläche der stehenden Bäume**, behandelt, in dessen Berechnung **erst Laubbäume mit einem Bruthöhendurchmesser (BHD) von > 7 cm** einbezogen werden. Dadurch werden zunächst die meisten **Laubbäume bis zu einem Alter von etwa 50 Jahren überhaupt nicht berücksichtigt**. Weiterhin wird durch die Interpretation als Querschnittsflächenanteil selbst für stärkere Bäume ein unrealistisch hoher Schwellenwert gesetzt, der Eingriffe in längst umgebaute Wälder ermöglicht.

Diese Methodik orientiert sich nicht an der Dynamik und dem ökologischen Zustand der in Sukzession begriffenen Bestände und spiegelt nicht den Stand ihres natürlichen Umbauprozesses wider. Stattdessen bezieht sie sich in holzwirtschaftlicher Logik auf forstindustrielle Kennwerte, d.h. den Anteil erntefähigen Laubholzes an der Querschnittsfläche des Holzvorrates. Sie gibt Bestände mit jahrzehntealter Laubholzstruktur, die ökologisch längst als umgebaut gelten, der Auflichtung, Befahrung und Zerstörung ihrer Naturverjüngung preis.

Vor diesem Hintergrund wende ich mich entschieden gegen neue Schädigungen unseres wertvollen Bürgerwaldes. Ich stelle mich gegen erneute schwere Befahrungs- und Verpressungsschäden des Waldbodens, die grobe Auflichtung von Waldbeständen und die substanzielle Zerstörung junger Laubbäume im Rahmen der vorgesehenen Einschläge.

**Aus diesem Grund bitte ich Sie nachdrücklich um eine Aussetzung der aktuellen Fällpläne!**

Mit freundlichen Grüßen